

Amtliches Kreis-Blatt

für den

Unterlahn-Kreis.

Amtliches Blatt für die Bekanntmachungen des Landratsamtes und des Kreis Ausschusses.
Tägliche Beilage zur Diezer und Emser Zeitung.

Preise der Anzeigen:
Die einspaltige Zeile oder deren Raum 20 Pfg.,
Reklamezeile 10 Pfg.

Angebefellen:
In Diez: Rosenstraße 36.
In Bad Ems: Römerstraße 95.

Druck und Verlag von H. Chr. Sommer,
Diez und Bad Ems.
Verantw. f. d. Schriftl. Mich. Hein, Bad Ems

Nr. 23

Diez, Montag den 28. Januar 1918

58. Jahrgang

Amtlicher Teil.

Verordnung über den Verkehr mit Süßstoff.

Auf Grund der Bundesratsverordnung über den Verkehr mit Süßstoff vom 20. Juni 1916 (Reichsgesetzblatt S. 533) wird für den Unterlahn-Kreis folgendes angeordnet:

Artikel 1.

Der § 1 der Verordnung des Kreis Ausschusses über den Verkehr mit Süßstoff vom 20. Dez. 1916 — Amtl. Kreisblatt Nr. 1 vom 2. Januar 1917 — erhält folgende Fassung:

Die Abgabe von Süßstoff in Briefchen (H-Packung) durch die Süßstoffverkaufsstellen an Verbraucher darf nur gegen Vorlegung von Zuckerkarten des Unterlahn-Kreises erfolgen. Auf je 2 Zuckerkarten darf neben dem Zucker monatlich höchstens 1 Briefchen Süßstoff H-Packung verabsolgt werden. Die Süßstoffverkaufsstellen haben auf den Zuckerkarten zu bescheinigen, für welchen Monat Süßstoff abgegeben worden ist. Zuckermarken dürfen nicht abgetrennt werden.

Artikel 2.

Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Veröffentlichung in Kraft.

Diez, den 24. Januar 1918.

Der Kreis Ausschuß des Unterlahn-Kreises.

J. B.:

Schön, Kreisdeputierter.

J.-Nr. B. A. 3.

Diez, den 22. Januar 1918.

An die Ortspolizeibehörden des Kreises.

Mit Bezug auf meine Bekanntmachung vom 22. Januar 1908, J. B. 38, mache ich die Herren Bürgermeister darauf aufmerksam, daß die Listen über die ausgestellten grauen Quittungskarten Ende des Kalenderjahres abzuschließen und an die Landes-Versicherungsanstalt in Cassel zu übersenden sind.

Die Listen über die im Jahre 1917 ausgestellten grauen Quittungskarten sind, sofern dies noch nicht geschehen ist, umgehend nach Cassel einzureichen.

Das Versicherungsamt.

Der Vorsitzende

J. B.

Simmermann.

B. A. 33/40.

Diez, den 22. Januar 1918.

An die Magistrate in Diez, Nassau, Bad Ems und die Herren Bürgermeister der Landgemeinden des Kreises.

Betr. Teuerungszulagen an Empfänger einer Invaliden-, Witwen-, (Witwen-) oder Witwenkrankenrente.

Mit Wirkung vom 1. Februar 1918 ab bis zum 31. Dezember 1918 werden gemäß Bundesratsverordnung den Empfängern einer Invaliden-, Kranken-, Witwen-, (Witwen-) oder Witwenkrankenrente Teuerungszulagen in Höhe von 8 Mark bzw. 4 Mark monatlich gewährt. Die Auszahlung erfolgt monatlich im voraus gegen Vorlegung einer besonderen Zulagequittung.

Diese gehen Ihnen in den ersten Tagen zur Abgabe an die berechtigten Rentenempfänger zu.

Etwaiger Mehrbedarf ist beim Versicherungsamt anzufordern.

Ich weise besonders darauf hin,

- a) daß zur Beglaubigung der Unterschrift auf der Zulagequittung das Dienstiegel einer zur Führung eines öffentlichen Siegels berechtigten Person genügt,
- b) daß die Empfänger einer Altersrente oder Waisenrente keine Zulage erhalten,
- c) daß den in § 120 Abs. 2 Satz 2, § 1276 Abs. 1 Satz 2, §§ 1277, 1531, 1536, 1541 und 1544 der Reichsversicherungsordnung bezeichneten Gemeinden, Armenverbänden, Versicherungsträgern pp. die Zulagen nicht gewährt wird. In diesen Fällen ist von den Gemeindebehörden auf die Rentenquittung der Vermerk zu setzen „Zulage nicht zahlbar“.

Die Herren Bürgermeister des Kreises ersuche ich hiervon Kenntnis zu nehmen und die Rentenempfänger auf die Zulagen durch wiederholte ortsübliche Bekanntmachungen hinzuweisen. Ich bemerke noch, daß für jeden Kalendermonat eine besondere Zulagequittung erforderlich ist, und zwar auch dann, wenn die Zulage, z. B. bei der ersten Rentenzahlung, für mehrere Monate auf einmal erhoben wird.

Der Vorsitzende des Versicherungsamts:

J. B.:

Simmermann.

Nichtamtlicher Teil

Staatssekretär Kühlmann über Brest-Litowsk.

WTB. Berlin, 25. Jan. Als erster Redner nach Kühlmann sprach im Hauptausschuß des Reichstages Graf Westarp (Kons.). Er führte u. a. aus: In erster Reihe stehe der bessere Schutz unserer Grenzen nach dem maßgebenden Urteil unserer Heerführer, eine Reihe kleiner unabhängiger Staaten werden dieser Forderung nicht gerecht. Die österreichisch-polnische Lösung erfülle ihn mit schweren Bedenken; gegen jedes künftige Polenreich könne aus militärischen und wirtschaftlichen Sicherheiten nicht verzichtet werden. Den Weg über das Selbstbestimmungsrecht halte die konservative Partei nicht für geeignet. Besondere Bedenken erzeuge die Öffentlichkeit der Verhandlungen. Den Bolschewiki gegenüber sollten hinsichtlich des Selbstbestimmungsrechtes und der Räumung keine weiteren Konzessionen gemacht werden. Ein baldiger Frieden auch mit Nordrussland sei gewiß erwünscht, er dürfe aber die deutschen Lebensnotwendigkeiten nicht gefährden. Er stimme dem Kanzler zu, daß das Bündnis mit Österreich-Ungarn den Kernpunkt und die Richtlinie unserer Politik sein müsse. Selbstverständlich müsse dieses Verhältnis auf voller Gegenseitigkeit beruhen. Hinsichtlich des Westens stimme er dem Kanzler darin zu, daß die Reden Lloyd Georges und Wilsons keine geeignete Grundlage zu Friedensverhandlungen seien. Seit dem 4. Januar habe man der Entente gegenüber für Friedensverhandlungen mit dem Westen vollständig freie Hand. Mit größerer Klarheit hätte ausgesprochen werden sollen, daß wir von dieser Freiheit auch vollen Gebrauch zu machen gedenken. Unser Interesse der Sicherung könne nur durch positive Einflussnahme auf das künftige Belgien gewahrt werden. Den Flamen müsse die gegebene Zusage erhalten werden. Besonders hinsichtlich der Entschädigungen müßten bei einer weiteren Verlängerung des Krieges die vom Kanzler in Aussicht gestellten Folgen für unsere Feinde eintreten. Der Redner beschäftigte sich dann mit der Politik der Sozialdemokraten, an die er die eindringliche Bitte richtete, die Drohungen oder Warnungen als Mittel zur Erreichung ihrer Politik zu unterlassen, da durch solche der Kanzler und seine Vertreter sich nicht beeinflussen lassen könnten.

Auch am Freitag bot der Hauptausschuß des Reichstages das Bild eines „großen Tages“. Die Reichstagsmitglieder hatten sich zahlreich eingefunden. Zwar fehlte der Reichskanzler, aber die meisten Staatssekretäre waren erschienen. Staatssekretär v. Kühlmann führte aus: Der Ursprung der in Brest-Litowsk verfolgten Politik hängt organisch mit der Schaffung des selbständigen Polens zusammen und unsere Politik den russischen Randstaaten Kurland, Litauen zu Polen gegenüber ist bereits in Bethmann Hollwegs Kanzlerschaft festgelegt worden und ist dieselbe unter der Leitung von Michaelis und des jetzigen Kanzlers geblieben. v. Kühlmann verteidigte sodann das deutsche Entgegengemessen Russen gegenüber in der Note vom 25. Dezember 1917. Es war nötig, weil Russland noch an den Londoner Vertrag gebunden war und erst frei werden konnte, wenn die Alliierten keinen Friedenswillen zeigten. Dadurch wurde der Weg zu einem Sonderfrieden eröffnet. Die zehntägige Unterbrechung wurde benutzt zu unverbindlichen Vorbesprechungen für einen eventuellen Sonderfrieden. Alles, was in dieser Zeit gegen die Stetigkeit und Zielsicherheit unseres politischen Strebens gesagt worden ist, ist nicht zutreffend. Nach der Pause galten die Verhandlungen besonders den in den Schriftstücken vom 25. und 27. Dezember festgelegten Standpunkten. Die Atmosphäre hätte sich durch das Eintreffen Trozki vollkommen verändert: die bisher freundschaftliche Grundstimmung wurde von einem starken Misstrauen auf Seiten der Russen abgelöst. Auch die Ver-

handlungsart änderte sich dahin, daß die Gegner mehr auf die Erringung taktischer Vorteile und Eindruck auf das Ausland ausgingen, als auf wirkliche Ergebnisse durch praktische Vorschläge und Annäherung. Die Unterbrechung der Verhandlungen wurde durch die notwendige Rückkehr Trozki nach Petersburg wegen der dortigen tumultuarischen Ereignisse bedingt. Es ist zu hoffen, daß die Verhandlungen in der nächsten Woche wieder beginnen. v. Kühlmann erläuterte dann die Schwierigkeiten, die in der Tat, daß die russischen Verhältnisse noch jeder festen Gestaltung entbehren, begründete sind, stellte jedoch den günstigen Stand der Verhandlungen mit Finnland und der Ukraine fest. Er wandte sich dann den Differenzen mit den Bolschewiken wegen des Selbstbestimmungsrechtes zu und legte dar, daß die Mittelmächte jetzt schon das Bestehende ausbauen, die Russen jedoch alles einreißen und ins Leere hineinhauen wollen, ohne über die Modalitäten selbst im klaren zu sein. Doch sei die Frage nicht von so ausschlaggebender Wichtigkeit, daß man nicht zum gleichen Endergebnis kommen könnte. Die russische Geneigtheit, auf den deutschen Standpunkt einzugehen, hat sich zurückgebildet. Eine weitere Schwierigkeit liegt in der von den Russen verlangten Verhandlungsart mit dem großen Apparat dazu. Dann wandte der Staatssekretär sich den Angriffen zu, die ihm von der Heimat aus gemacht werden, und sagte:

Eine weitere Erschwerung war die aufgeregte und kriegerische Stimmung, die sich in einem Teile der großstädtischen, besonders der Berliner Presse Luft machte. Man hat mir freundlich geraten, diesen Punkt nicht zu berühren, weil er mir nur neue persönliche Angriffe eintragen würde. Das kann für mich nicht bestimmend sein. Die Presse ist in unseren Tagen eine ungeheure Macht geworden, und ein Tageschriftsteller, der täglich zu Tausenden spricht, trägt eine Verantwortung, die der der Parlamentarier und Staatsmänner nach meinem Erachten mindestens gleich steht, denn er schreibt täglich, der Staatsmann spricht nur von Zeit zu Zeit, ebenso der Parlamentarier. Ich hoffe, daß die Presse sich dieser ungeheuren Verantwortung bewußt sein und sich auch klar machen wird, daß wir da nicht für eine Partei, nicht für eine Meinung, sondern für das ganze Deutsche Reich eintreten. Wir tragen das Banner des Deutschen Reiches und wer uns in den Rücken fällt, der gefährdet das nationale Interesse. Man kann die Diskussion zu allen Zeiten fortspinnen, im Augenblick aber, wo wir mit unseren bisherigen Feinden in einem diplomatischen schweren Kampfe stehen, gebietet die patriotische Pflicht, einzelne Meinungen einzelne Liebhabereien zurückzustellen. Kommen wir nach Hause, dann stehen wir der Kritik zur Verfügung, und fällt die Kritik gegen uns aus, so weiß die Regierung, was sie zu tun hat. Aber eine geschlossene Front dem feindlichen Ausland gegenüber ist eine unerlässliche Voraussetzung für den Erfolg des diplomatischen Unterhändlers. Ein Wort über die Vertretung der Obersten Heeresleitung bei der Friedensdelegation. Hier bietet dieser Frieden, der erste Versuch eines Sonderfriedens in diesem ungeheuren Koalitionskriege, erhebliche Schwierigkeiten, die man bei früheren Friedensschlüssen nicht gekannt hat. Die beiden letzten verhältnismäßig großen Kriege, die geführt worden sind, der von 1866 und der von 1870-71, brachten im Augenblick der Friedensverhandlungen die verantwortlichen militärischen Stellen, den verantwortlichen Staatsmann und die Krone, meist an einem Ort, häufig sogar unter einem Dach in tägliche und stündliche Berührung. Der Friedensschluß war mit einem Gegner zu treffen. Jetzt hat sich die Notwendigkeit ergeben, während noch im Westen der Kampf auf Leben und Tod tobt, der die ganze Kraft, die ganze Spannung der Männer unserer Obersten Heeresleitung in Anspruch nimmt, in einer Festung fern in Russland über den Frieden zu verhandeln. Es würde ganz unmöglich sein, diese Ver-

handlungen zu führen, ohne daß die Oberste Heeresleitung bei ihnen durch einen Bevollmächtigten vertreten ist. Militärische und politische Fragen verknüpfen sich in solcher Weise, daß, wenn ich erst jedesmal durch Fernsprecher oder Fernschreiber die Verbindung mit der Obersten Heeresleitung erhalten müßte bei den Fragen der Räumung, der Grenzziehung und den unendlichen Fragen, die das militärische Gebiet streifen, die Verhandlungen eine Unmöglichkeit werden würden. Die Oberste Heeresleitung ist nun einmal ein großer Faktor unseres heutigen Lebens, und es wäre nicht angängig, daran vorbei zu gehen. Die Aufgaben, die ihr gestellt sind, sind ungeheure, und von der Lösung dieser Aufgaben hängt noch immer das Schicksal des Reiches ab. Deshalb ist eine ständige und enge Fühlungnahme mit einem absoluten Vertrauensmann der Obersten Heeresleitung notwendig, und es ist auch notwendig, daß dieser Vertrauensmann an den Verhandlungen teilnimmt, damit er überhaupt genügend im Bilde ist. Ich möchte auch unbedingt daran festhalten, daß das Verhältnis in dem Umfang, wie es jetzt auf Vortrag des Reichskanzlers durch den Kaiser festgestellt worden ist, erhalten bleibt. General Hoffmann, über dessen Persönlichkeit gestern in außerordentlich sympathischer Weise geurteilt worden ist, ein Urteil, dem ich mich nur völlig anschließen kann, hat uns während der Verhandlungen durch seine gründliche Kenntnis von Land und Leuten und durch die bei den Waffenstillstandsverhandlungen gemachten praktischen Erfahrungen unendlich viele und wertvolle Dienste geleistet und hat mir und unseren Verbündeten gegenüber auch in politischer Beziehung vollste Loyalität in keinem einzigen Punkte vermissen lassen. Ich möchte warm dafür eintreten, daß auch der Reichstag sich dafür aussprechen möge, daß an der bestehenden Anordnung nichts geändert werden soll. Dadurch, daß der Vertreter der Obersten Heeresleitung nur im Einverständnis mit dem politischen Leiter in die Debatte eingreifen kann, ist die Verantwortlichkeit der politischen Leitung voll gedeckt.

Zum Schluß einen Ausblick in die Zukunft. Ich habe schon ausgeführt, daß in dem in kultureller und politischer Beziehung für uns wertvollen Grenzland die Dinge so weit gefördert sind, daß bei gegenseitiger freundlicher Gesinnung ein Abschluß, so weit Voraussetzungen möglich sind, in absehbarer Zeit mit Sicherheit zu erwarten steht. Auch mit der Ukraine möchte ich einen baldigen Friedensschluß für wahrscheinlich halten. Die großen Schwierigkeiten mit den Petersburger Bolschewiki sind bekannt. Es wird zum großen Teile von dem ernstesten Friedenswillen der Trotski-Leninischen Regierung abhängen, ob wir zum Abschluß kommen. An dem Ernst unseres Friedenswillens brauchen sie nicht zu zweifeln. Sie können überzeugt sein, daß der Reichskanzler und ich keinen anderen Wunsch und kein anderes Bestreben haben, als dem deutschen Volke den Frieden im Osten sobald wie möglich zu bringen. Der Friedensschluß mit der Ukraine würde auch das rumänische Problem aufwerfen. Nach dem Friedensschluß mit der Ukraine und der Zurückziehung der ukrainischen Truppen würde es nach meiner Ansicht nicht möglich sein, daß Rumänien sich länger gegen den Friedenswillen der Mittelmächte sperrt.

Und nun noch ein Wort über unser Verhältnis zu Oesterreich. Ich kann nur warmstens und eindringlich dem zustimmen, was gestern hier gesagt worden ist: Unser Verhältnis zu Oesterreich-Ungarn ist der Grundstein und Capfeiler unserer ganzen Diplomatie, und für diese langwierigen Verhandlungen ist es doch ein Vorteil, daß es mir möglich war, mit den leitenden Staatsmännern aller Verbündeten, und besonders mit dem Grafen Czernin, täglich und stündlich im engsten Gedankenaustausch zu stehen. Oesterreich-Ungarn hat im diplomatischen Kampf und in den Verhandlungen in vollkommen loyaler Weise auf unserer Seite gestanden und wird weiter vollkommen loyal auf unserer Seite stehen. Das mag den Herren, die

versucht haben, unsere Forderungen als zu weitgehend hinzustellen, ein Beweis dafür sein, daß diese Forderungen mit dem ernstesten und eindringlichsten Friedenswillen, der in Oesterreich-Ungarn herrscht, zu vereinbaren sind. So lange ich die Ehre habe, an dieser Stelle zu stehen, werde ich niemals die Hand dazu bieten, daß wir eine Politik machen, durch die die enge unzerbrüchliche Waffenbrüderschaft, Kulturgemeinschaft und herzliche Freundschaft mit der österreichisch-ungarischen Monarchie im geringsten gelockert werden. Was wir brauchen und um was wir bitten, ist, Sie möchten dahin wirken, daß man im Ausland den Eindruck erhält, daß die Mehrheit unserer Volksvertreter geschlossen hinter der Politik steht, die der Kanzler konsequent in Fortsetzung der ihm von seinen Vorgängern überkommenen Politik macht.

Vielleicht wird der Anfang der gestrigen Debatte nicht verfehlen, im Ausland einen großen Eindruck zu machen und vieles von dem zu korrigieren und zu bessern, was unerfreuliche Pressevorgänge geschadet und verdorben haben sollten.

Dr. B. Berlin, 25. Jan. In der weiteren Beratung der politischen Fragen erklärte Abg. Frhr. von Camp (D. Frakl.). Polen, Kurland und Litauen könnten durch ihre jetzige Vertretung entscheiden. Das hätten unsere Vertreter den Russen gegenüber scharf betonen und ihnen in diesem Punkte nicht weiter entgegenkommen sollen. Unsere Regierung sollte sich die Behandlung seitens der Bolschewiki nicht weiter gefallen lassen. Preußen wird durch die Selbständigkeit Polens vom direkten Verkehr mit Rußland abgeschnitten. Die Ostprovinzen müssen entsprechend geschützt werden. Wir wollen das deutsch-österreichische Bündnis treu halten, aber Äußerungen wie die gegen General Hoffmann und den Fürsten Bülow sollten in Oesterreich unterlassen werden. Wir können die eroberten Gebiete nicht zurückgeben, bevor nicht England die von ihm annektierten Länder, und das von ihm in Frankreich besetzte Gebiet zurückgegeben hat. Abg. Ledebour (U. Soz.): Die Reichsleitung scheint den Forderungen der Militärpartei nachzugeben zu haben. Die Rede des Grafen Czernin eröffnet die Möglichkeit von Friedensunterhandlungen mit Amerika, dagegen bin ich mit seiner Auslegung des Selbstbestimmungsrechtes nicht einverstanden. Wilson, Clemenceau und Lloyd George müssen vorerst das Selbstbestimmungsrecht auch für die eigenen Völker verkünden. Die Vertretung des lettischen Volkes muß anders gestaltet werden, als es mit Hilfe des Oberbefehlshabers Ost geschehen ist.

Abg. Seyda (Pole) meinte, das Selbstbestimmungsrecht der Völker müsse auch für die Polen zur Geltung kommen. Die Völker der bisher zu Rußland gehörigen okkupierten Gebiete hätten noch keine legale Volksvertretungen, die ein Votum abgeben könnten. Wilna könnte ethnographisch nicht zu Litauen gehörig angesehen werden. Es mache keinen guten Eindruck, wenn die Polen von der Friedenskonferenz ferngehalten werden. Die Pläne große Teile Polens an Deutschland zu bringen, würden eine vierte Teilung Polens bedeuten. Abg. Erzberger (Ztr.) meinte, was gestern der Reichskanzler gesagt habe, sei die folgerichtige Durchführung des Programms vom 29. Dezember. Davon, daß unsere Arbeiter das Vaterland nicht im Stich lassen werde, sei er überzeugt. Im Osten stehen zwei Probleme in Frage: Graf Westarp will Annexionen, der Reichskanzler und Reichstag stehen auf dem Standpunkt des Selbstbestimmungsrechtes. Fürst Bismarck hat 1890 eine Annexion über Memel hinaus als ein Verbrechen an Deutschland bezeichnet. Die Wegnahme der Rawensinie würde uns die Totfeindschaft des polnischen Volkes eintragen. Den Kampf gegen eine polnische Irredenta, die eine autrophile Lösung der Frage mit sich bringen wird, kann man erfolgreich führen, wenn man statt der Politik der Abstoßung eine Politik der Anziehung treibe. Ihm scheint es sehr angezeigt, die Wilsonnote eingehend zu

prüfen. Die Zürcher Nachrichten sprachen davon, daß Lillion den Gang nach Canossa angetreten habe. Das sei ein großer Erfolg Deutschlands. In Holland würde die Rede ähnlich eingeschätzt. Daß Eliaß-Lothringen bei Deutschland bleiben müsse, sei keine Frage. Graf Czernin habe gestern mit großer Entschlossenheit und Klarheit das Wort geführt und zur Erwägung gestellt, ob nicht Oesterreich und Ungarn in eine Aussprache über die Wilsonpunkte eintreten sollten. Er glaube, wenn das geschehe, dürften wir nicht eifersüchtig sein, zumal wenn sie erfolgreich wäre. Eine bestimmte Erklärung der deutschen Regierung über die belgische Frage würde sehr förderlich sein. Der Reichskanzler habe die Frage negativ berührt. Sie sollte positiv behandelt werden. Das Verhältnis zu Oesterreich-Ungarn gut und eng zu gestalten, sei eine unserer vornehmsten Aufgaben. Oesterreich-Ungarn habe es nicht so leicht, wie ein Nationalstaat, das müsse bei Beurteilung der dortigen Verhältnisse berücksichtigt werden.

Die Weiterberatung wurde hierauf auf Samstag vertagt.

Zwei Gnadenerlasse.

WTB. Berlin, 26. Jan. Auch in diesem Jahre hat der Reichsanzeiger in einer Sonderausgabe zwei vom preussischen Staatsministerium gezeichnete allerhöchste Gnadenerlasse veröffentlicht: In dem ersten Erlass sind wiederum den Kriegsteilnehmern Niederschlagung noch nicht erledigter Strafverfahren und der Erlass noch nicht vollstreckter Strafen unter den aus dem Vorjahre bereits bekannten Voraussetzungen und Bedingungen gewährt. Dadurch ist die Wirkung der bisherigen Gnadenerlasse dieser Art ausgedehnt auch auf Personen, die seit dem letzten Gnadenerlass (27. Januar 1917) bis zum heutigen Tage Kriegsteilnehmer sind. Hinsichtlich aller bisherigen Kriegsteilnehmer umfaßt die Niederschlagung der Strafverfahren die Straftaten, die bis zum heutigen Tag begangen worden sind und der Straferlass die Strafen, die bis zum heutigen Tag rechtskräftig geworden sind. Soweit die Voraussetzungen des Allerhöchsten Erlasses nicht vorliegen, soll in erweitertem Umfange geprüft werden, ob einzelne Gnadenbewerber für Kriegsteilnehmer zu beantragen sind. Der zweite auch für Zivilpersonen geltende Erlass ordnet im Anschluß an die entsprechenden Erlasse der Jahre 1916 und 1917 an, daß im Strafregister und in den polizeilichen Listen alle noch nicht gelöschten Vermerke über die bis zum 27. Januar 1918 erfolgten Bestrafungen derjenigen Personen zu löschen sind, die keine schwerere Strafe als Geldstrafe oder Gefängnis bis zu einem Jahre erlitten haben und in den letzten 10 Jahren nicht wieder wegen eines Verbrechens oder Vergehens verurteilt worden sind. Nach einem gleichzeitig veröffentlichten Erlass des Kaisers erfolgen diese Löschungen auch bei Strafen, die von Konsulats-, Marine-, Schutztruppen- und Schutzgebietsgerichten verhängt worden sind.

Aus Provinz und Nachbargebieten

!: Notiz. Die seither bestehende Bestimmung, daß gegen Vorzeigung von 3 Zuckerkarten monatlich 1 Brieschen Süßstoff abgegeben werden durfte, ist jetzt dahin geändert worden, daß nur noch 2 Zuckerkarten vorzuzeigen sind. Die Verkaufsstellen trennen keine Zuckermarken ab, sondern vermerken nur auf der Rückseite der Zuckerkarte, daß Süßstoff entnommen worden ist. Die monatlich zustehende Zuckermenge kann also neben dem Süßstoff nageismälert bezogen werden.

Süßstoffverkaufsstellen sind: Apotheke in Diez, Paul Man in Diez, August Roth in Bad Ems, Apotheke in Nassau, Apotheke in Holzappel und Apotheke in Kapellenbögen. Auch die nicht am Platze der Süßstoffverkaufsstellen wohnhaften Personen sind zum Kauf Süßstoffes berechtigt. Der Verkaufspreis für 1 Brieschen, dessen Inhalt der Süßkraft von 1,1 Pfund Zucker entspricht, beträgt 25 Pfg.

!: Limburg, 26. Jan. Ein Vieh- und Krammarkt wird am Dienstag, den 29. Januar, hier abgehalten. Der Auftrieb des Viehes erfolgt von 8 bis 10 Uhr vormittags.

Erhebung über den voraussichtlichen Bedarf an Arbeitskräften bei der Demobilisierung.

Auf Veranlassung der Kriegsamtstelle Frankfurt a. M. findet die vorgenannte Erhebung schon jetzt statt. Es handelt sich um eine vorsorgende Maßnahme, die keinerlei Schlässe auf einen baldigen Frieden rechtfertigen, die aber für den Fall des Friedens eine Uebersicht gestatten soll. Ein Fragebogen, eine Erläuterung dazu und eine Verfügung der Kriegsamtstelle liegen gedruckt vor. Die Handwerkskammer versendet solche an die Innungen, Handwerkervereine und Vereinigungen, damit deren Vorstände innerhalb ihrer Organisation die erforderlichen Feststellungen machen, zusammenstellen und in den Fragebogen eintragen. Der Fragebogen ist ausgefüllt bis zum 5. Februar 1918 an die Handwerkskammer einzureichen.

Für die Lokal-Gewerbevereine hat die Handwerkskammer den Zentralvorstand des Gewerbevereins für Nassau mit den erwähnten Drucksachen versehen, welcher die Verteilung und Einziehung tätigen wird.

Für diejenigen Handwerke, die keiner der vorgenannten Organisationen angehören, sind die Fragebogen und Drucksachen zu haben:

- für den Stadtkreis Frankfurt a. M. bei dem Handwerksamt zu Frankfurt a. M., Saalgaße 33.
- für Stadt- und Landkreis Wiesbaden bei dem Handwerksamt Wiesbaden, Rheinstraße 42,
- für alle übrigen Kreise des Regierungsbezirks bei den Kreisbeauftragten der Handwerkskammer. (Die Kreisbeauftragten der Handwerkskammer sind: Schornsteinfegermeister Pfeil I., Biedenkopf; Dachdeckermeister Sch. Richter, Dillenburg; Schneidermeister Gustav Ohlenburger, Haiger; Maurermeister Friedrich Mies, Hachenburg; Anstreichermeister August Böckling, Westerburg; Dekorationsmalermeister Mathias Kaster, Montabaur; Schreinermeister Walter Klein, Grenzhausen; Schornsteinfegermeister Friedrich Beres, Weilburg; Schneidermeister Carl Rösch, Limburg; Schreinermeister Wilh. Seher, Diez; Schreinermeister Georg Müller, Ems; Sattlermeister Gg. Schütz, Braubach; Küfermeister J. Jak. Vill I., Rüdelsheim; Dachdeckermeister Fr. Barthel, Rastatt; Dachdeckermeister Friedrich Maurer, Wehrheim; Schreinermeister Martin Roth, Hornau.
- in übrigen außerdem immer bei der Handwerkskammer Wiesbaden, Adelheidstr. 13.

Diesen Nichtorganisierten ist in ihrem eigenen Interesse dringend zu empfehlen, sich schleunigst in den Besitz der Drucksachen zu setzen, damit der Fragebogen spätestens am 5. Februar cr., bei der Handwerkskammer eingereicht ist. Eine Säumnis könnte ernste Nachteile haben, besonders für diejenigen Handwerker, welche nach dem Krieg auf Ueberweisung von Arbeitskräften Wert legen. Außerdem wird die Erhebung auch für die Rohstoffversorgung als Unterlage dienen können.

Freiarbeitsnachweis Limburg.

„Walderdorffer-Hof“, Fahrgasse Nr. 5. 15470

Es werden für sofort gesucht:

Haus- und Alleinmädchen, Stützen, Mädchen aufs Land; für die Saison: Zimmermädchen, Küchenmädchen, Servierfräulein, Köchinnen, Portierm., Waschfrauen, Kochlehrlingmädchen.

Es suchen Stellung:

Haushälterin aufs Land, Weißzeugbeschließerin, Bürogehilfen.

Für Stellungsuchende ist die Vermittlung unentgeltlich.

Freiarbeitsnachweis Limburg a. Lahn.